

frisierte Paris, sondern die gleichförmige Masse der Provinzbevölkerung, die eine sich auf gerade hinterwälderische Vorstellungen über Deutschland gründende Ablehnung gegen die deutsche Rasse begt, wird eine pazifistische Ausöhnungspolitik diesem Volke gegenüber überhaupt für erfolglos halten. Aber ganz davon abgesehen könnte eine deutsch-französische Freundschaft für unsere Zukunft keinen Nutzen haben, weil sie die Bereitwilligkeit Deutschlands, Frankreich aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuschleppen, zur Voraussetzung hätte und eine Erleichterung unserer Schicksale ausschloße. Ein Bürgerblock, der weder mit der pazifistischen Ideologie noch mit dem internationalen Klassenkampfgedanken der Sozialdemokratie beizustimmen ist, sieht diese Gefahr und wird sich mit einem tüchtigen Arrangement der deutsch-französischen Verhältnisse begnügen — also stellt Souveränität die Voraussetzung eines allgemeinen Abrüstens nach links und verständigt die Niederlage der Extremisten auf beiden Flügeln, weil das im französischen Interesse läge.

Es liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr in solchen Rechtfertigungen, zumal wenn im Untergrund geheime Drohungen mitzuführen für den Fall, es könne anders kommen, als man im alliierten Ausland hoffte. Solche Drohungen vermeiden Souveränen diesmal, um sich den Anblick möglicher Objektlosigkeit zu geben, aber logisch sekundieren ihm Gesinnungsgenossen, um mit Juckreiz und Peitsche den nach so gut als abgewandten und zweifelnden Ländern zum gewünschten Anschlusse zu drängen. So malte unlängst Jean Berthelet die Drohungen einer Verschiebung hinsichtlich unserer Grenzen an den politischen Horizont, falls sich Deutschland als zuverlässige Demokratie bewähren würde, und so droht Derriot in einer freilich bestia demontierten vertraulichen Note an die Alliierten mit einem neuen ganz unerhörten Schritt in unsere Souveränität, um den republikanischen Geist Deutschlands zu härten und Deutschland den letzten kümmerlichen Rest seiner Weltmacht zu verulken.

Und in allen diesen Fällen bleibt das Echo im Reich nicht aus. Pazifistische Organe drücken Kriegsgespinnster aus, wie sie blutrünstiger von Poincaré nicht hätten erfonnen werden können, und behaupten, so läßen die Ziele deutscher Nationalisten an; sie machen ihre Wähler grübeln, die Währung würde durch den Sieg der Richten erschüttert, denn Frankreich werde sich eine solche Provokation nicht gefallen lassen — kurzum, sie bezeugen eine beinahe sadistische Freude darüber, nachweisen zu können, daß unsere Schicksalswürfel nicht in Deutschland, sondern in Paris oder London fallen, daß das immer so bleiben werde und daß es eine reaktionäre Annahme wäre, auf die Gehaltung des nationalen Schicksals selbst Einfluß gewinnen zu wollen. Daß eine national-konsolidierte Regierung mit starker Mehrheit für eine ehrliche Politik des Auslandes und gegenwärtig weit wünschenswerter ist, als eine heute recht, morgen links abgetriebene „Mitte“, liegt klar auf der Hand — nur diejenigen unserer Gegner, die im trägen süßen wollen, wagen diese Tatsache zu bestreiten. Und ihre Auffassung sollte für uns ausschlaggebend sein? Ebenwomöglich wie wir eine Politik im neuen nationalen Deutschland treiben werden, als beständen wir uns im luftleeren Raum, ebenso entziehen muß nun endlich einmal mit der Auffassung gedrohen werden, als könne ein Pariser Stürmen unsere wichtigsten Geschäfte über den Ozean werden. Diese Pläne vor dem Hinwinken des Gegners ist das Zeichen einer flüchtigen Stimmung, die durch den Verlust eines Krieges keineswegs bedingt zu sein braucht. Es ist das Kennzeichen des schlechten Gewissens derer, die im November 1918 nur mit fremder Hilfe zur Macht gelangen konnten und die ohne eine weitere Unterstützung von außen sehr bald verschwinden dürften. Alle die aber, die sich keiner Ungleichheit wohl mit diesem Schmerz, nicht aber mit Scham zu erinnern brauchen, werden hoffentlich am 7. Dezember zur Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins ihre Stimme denen geben, denen Freiheit der Entschloßung in der politischen Führung als natürliche Voraussetzung gilt.

Die Internationale Luftfahrerkonferenz.

Die fünftägige Konferenz zwischen Mittel- und Nordeuropa. Kopenhagen, 1. Dez. Heute wurde im Reichstagsgebäude die Internationale Luftfahrerkonferenz eröffnet. Der Verkehrsminister Freilich hielt die Begrüßungsvorrede und gab einen Überblick über die Arbeiten der Konferenz. Zum Vorsitzenden wurde Olof Guldberg gewählt. Vertreter sind Schweden, Norwegen, Deutschland, England, Belgien, Frankreich, Dänemark, Finnland und Dänemark durch 31 Delegierte. Die Konferenz soll drei Tage dauern. Am Mittwoch werden die Teilnehmer vom König in Audienz empfangen werden.

An den Beratungen, die ein für alle Teile befriedigendes Ergebnis erhoffen lassen, nehmen von deutscher Seite teil: Ministerialrat Brandenburg und Regierungsrat Fick vom Reichsverkehrsministerium, Abteilung Luftfahrwesen, Oberpostdirektor Gut vom Reichspostministerium, sowie die Direktoren des Deutschen Aero-Clubs und der Aunsero-Verkehrsgesellschaft. Die heutigen Beratungen galt hauptsächlich der Festlegung der Luftverkehrsverbindungen zwischen den skandinavischen und den mitteleuropäischen Ländern. Vorgelesen sind für 1925 folgende Pläne:

1. Deutscher Aero-Club und Dänische Gesellschaft täglich zwei Flüge zwischen Kopenhagen und Hamburg auf der einen Seite, von Kopenhagen und Berlin auf der anderen Seite.
2. Deutscher Aero-Club und Holländische Gesellschaft Hamburg—Bremen—Amsterdam—London.
3. Holländische Gesellschaft Rotterdam—Amsterdam—Hamburg—Kopenhagen.
4. Die Dänische Gesellschaft beabsichtigt mit Aero-Club und Junfers-Verkehrsgesellschaft die Einrichtung folgender Linien: Kopenhagen—Hamburg—Amsterdam—London, Christiania—Göteborg—Wien—Barmen—Köln mit Aufschlüssen nach Hamburg und Berlin, sowie gemeinsam mit der Finischen Gesellschaft Stockholm—Helsingfors. (W. T. B.)

Die Luftfahrpläne über den Großen Ozean.

London, 1. Dez. Wie Reuters aus Sidney meldet, befinden sich gegenwärtig Pläne für die Einrichtung einer Reihe von Luftfahrplänen über den Stillen Ozean in Vorbereitung. Die ersten Flüge werden wahrscheinlich vor den Luftfahrtstrassen des Ozeans und der Marine der Vereinigten Staaten im nächsten Jahre gleichzeitig mit dem Besuch der amerikanischen Kriegsschiffe im Stillen Ozean stattfinden. Man erwartet, daß mehrere andere Länder zusammen mit den Vereinigten Staaten hierbei mitwirken werden. Bezugnehmend auf den Flug des „J. R. III“ von Deutschland nach Amerika erklärt Sir Keith Smith, in einigen Jahren werde es möglich sein, Reisende mit ihrem Gepäck von Sidney nach London oder New York in 10 Tagen für 100 Pfund Sterling zu befördern, und zwar mit der gleichen Pünktlichkeit, mit der die Eisenbahnen und die Dampfer verkehren. (W. T. B.)

Abchluss des Handelsvertrages mit Japan.

Berlin, 1. Dez. Die Verhandlungen zwischen der Handelsvertragskommission des Auswärtigen Amtes und der Kommission der japanischen Botschaft mit Bezug auf den kommenden deutsch-japanischen Handelsvertrag sind zu einem vorläufigen Abschluss gebracht worden.

Die deutsch-englischen Verhandlungen.

London, 1. Dez. Reuters erfährt, daß heute auf dem Handelsamt eine weitere Sitzung der deutschen und britischen Vertreter, die über den Handelsvertrag verhandeln, abgehalten worden ist. Man glaubt, daß der deutsche Vertreter die Bemerkungen seiner Regierung, betreffend den von der britischen Regierung in der Frage der Methode der Erhebung der 20prozentigen Reparationsabgabe eingenommenen Standpunkt bekanntgegeben hat. Wie bereits mitgeteilt, ist über den Wortlaut des Vertrages eine Einigung erreicht, außer dem Punkt der 20prozentigen Abgabe. Die endgültige Unterzeichnung wird innerhalb der nächsten zwei bis drei Tage stattfinden. (W. T. B.)

Nach Berliner Informationen soll jedoch die Unterzeichnung des Vertrages so lange nicht stattfinden, bis nicht wenigstens in großen Zügen die Frage der 20 Prozent in der Welle geflärt ist, daß die Erhebungen für den deutschen Handel aufhören. Das Transferteam berät augenblicklich in Berlin über die Ausführungsabgabe.

„Internationale“ Einigungsbestrebungen.

Berlin, 1. Dezember. Aus dem Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der sogenannten Amsterdamer Internationale, über die Jahre 1923 bis 1924 ergibt sich, daß nicht nur nicht die europäischen Gewerkschaften, sondern auch keine der Gewerkschaften in Asien, Südafrika und Nordamerika dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angehören. Nach Verufen gelehrt, sind gegenwärtig 28 Berufssekretariate mit mehr als 100 Millionen Mitgliedern im J. G. B. vereinigt. Die Moskauer Internationale der Gewerkschaften, die immer in schärferer Kampfstellung zur Rechtsinternationalen stand, ist in letzter Zeit eifrig bemüht, eine Einigung herbeizuführen. Der J. G. B. und die Berufssekretariate erkennen die Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung an, wollen sich aber nicht über das Kommando der kommunistischen Internationale stellen.

In dem Bericht wird weiter darauf hingewiesen, daß Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes leicht in die temporäre Arbeitungskommission des Völkerbundes berufen worden sind, während vorher die Kommission nur aus militärischen Fachleuten bestand. Der J. G. B. habe in den verflochtenen Jahren besonderen Wert darauf gelegt, den internationalen Austausch von Arbeitern zu fördern. Es behände ferner der Plan, mehrere Gewerkschaftsangehörige längere Zeit in den Vorkurs ausländischer Gewerkschaften zu beschäftigen und sie so in die Arbeitsmethoden der anderen Länder einzuführen.

Gründung einer kommunistischen Gewerkschaftszentrale.

Berlin, 1. Dez. Vier erfolgte in den Unionstädten die Gründung einer neuen kommunistischen Gewerkschaftszentrale Deutschlands. Die radikalen Betriebsräte fordern nunmehr die kommunistische Arbeiterschaft auf, geschlossen auf den heutigen Gewerkschaften auszutreten und ihren Eintritt in die neue proletarische Gewerkschaftsorganisation zu vollziehen.

Neue Wohnungsverquisitionen der Franzosen.

Berlin, 1. Dezember. Die Franzosen haben neuerdings in Diez an der Ruhr eine Anzahl neuer Wohnungen verlangt und zwar 48 für verheiratete Offiziere und 9 für ledige Offiziere. Die Gesamtzahl der für die Franzosen requirierten Wohnungen beträgt damit in Diez allein 65 Familienwohnungen und 17 Wohnungen für alleinlebende Offiziere. Es handelt sich dabei um die Unterkunft von Offizieren, die zu einem Truppenstab gehören, der aus seinem bisherigen Standort zurückgenommen wurde.

Auch dieser Fall zeigt erneut, wie wenig die Franzosen daran denken, die deutschen Gebiete jemals völlig freizugeben und daß es sich bei den ganzen „Mächtigungen“ lediglich um nichts anderes als um bloße Verdrängungen innerhalb der deutschen Gebiete handelt.

Der französische Wiederaufbauschwindel.

Rotterdam, 1. Dez. Der „Courant“ meldet aus Vlie: Wegen die Stadterweiterung ist ein neues Strafverfahren eingeleitet worden, weil sie 40 Millionen Franken zu viel Kriegsschäden angemeldet und erstattet erhalten haben. Auch gegen eine Anzahl Vlieer Industrieller ist auf Anweisung durch den Justizminister ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Strefemann über den Fall Rathusius.

Gegen Angriffe Breitscheids.

Breslau, 1. Dez. Im Rahmen einer von Tausenden Besuchern versammelten Versammlung der Deutschen Volkspartei, in der Reichsminister Dr. Strefemann in Breslau sprach, ging er auf die Angriffe ein, die Dr. Breitscheid in Freiburg wegen der Angelegenheit des Generals v. Rathusius gegen ihn gerichtet hatte. Dr. Strefemann erklärte es für völlig unrichtig, daß der Reichsminister v. Hoeßl von Berlin keinerlei Stellung erhalten habe, zur Bekräftigung des Generals v. Rathusius irgendwelche Schritte zu tun, ebenso, daß der Reichsminister in Paris vergeblich auf eine Antwort von Berlin gewartet habe. Die deutsche Regierung habe im Gegenteil alles getan, um die Freilassung des Generals v. Rathusius zu erwirken, und sie könne es nur mit Befriedigung begrüßen, daß der französische Ministerpräsident die Freilassung des Generals aus freiem Willen durchgesetzt habe. Wenn das Auswärtige Amt Anzeigen, die im Wege einer Zug um Zug stattfindenden Verhandlung in Deutschland gemacht worden seien, in der angemessenen Form nicht annehmen konnte, so sei das darin begründet, daß die deutsche Regierung keinen Zweifel daran habe aufkommen lassen können, daß sie die Verantwortung des Generals v. Rathusius als untrübe erforscht ansehe und sie deshalb nicht in dieser Form habe lösen können. (W. T. B.)

Die Beiprechung v. Hoeßls mit Derriot.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 1. Dez. In der Mitteilung, daß der deutsche Reichsminister in Paris, Herr v. Hoeßl, aus Anlaß der Begegnung des Generals v. Rathusius Derriot aufgesucht und ihm mitgeteilt habe, daß die Reichsregierung einen rechtmäßig verurteilten französischen Gefangenen als Gegenleistung freilassen werde, wird auf die Tatsache hingewiesen, daß Herr v. Hoeßl hinsichtlich der französischen Ministerpräsidenten aufgesucht und ihm die Verhandlung über die prompte Freilassung des Generals v. Rathusius zum Ausdruck gebracht habe. Herr v. Hoeßl habe Herrn Derriot weiter erklärt, daß die Reichsregierung in ähnlichen Fällen in der gleichen großzügigen Weise handeln würde, wie die französische Regierung. Von der Begegnung eines rechtmäßig verurteilten Franzosen sei bei der Unterhaltung aber nicht die Rede gewesen. — Seit etwa acht Wochen schweben Verhandlungen zwischen der französischen und der Reichsregierung über einen gegenseitigen Austausch von Gefangenen, die nicht unter die Annahme der Londoner Abmachungen fallen. Diese Verhandlungen haben aber noch zu keinem Ergebnis geführt.

Eine Ehrenerklärung für Dr. Jarres.

Der Abner Demokrat hat über die Verfassungskonflikte. Köln, 1. Dez. Nachdem dem Reichsminister des Innern Dr. Jarres und dem Kölner Demokratieführer Kautzsch hat nach in Köln in Verlaufe der seit längerer Zeit zwischen ihnen bestehenden Beziehungen und ihrer gemeinsamen Arbeit in der Sache des Rheinlandes eine Aussprache stattgefunden, über die es in einer an die Kölner Presse gerichteten Erklärung, u. a. heißt:

Herr Jarres hat in dieser Aussprache, wie auch sonst, anerkannt, daß sich Reichsminister Jarres in seiner Stellung-

nahme zu den rheinischen Angelegenheiten nur von christlicher Sorge für Vaterland und Heimat hat leiten lassen. Herr Jarres verweigert sich entschieden davor, daß das Schlußwort „Verfassungskonflikt“ in Verbindung mit seiner Person gebraucht werde. Herr Jarres trägt diesem Standpunkte Rechnung und abt deshalb dem Wunsch Ausdruck, daß in Zukunft gegen Herrn Jarres ein solcher Vorwurf nicht mehr erhoben werde.

Die Vorgesichte dieser Ehrenerklärung für den Reichsinnenminister Dr. Jarres bezieht sich darauf, daß der Demokrat Jarres behauptet hatte, Reichsinnenminister Jarres habe das Ruhrgebiet und auch das Rheinland während der kritischen Zeiten sich selbst überlassen wollen. Mit dieser Ehrenerklärung wird nun der Demokrat Jarres an, daß seine Ansichten auf Irrtümern beruhten.

Reichsdanner und Kommunisten.

Berlin, 1. Dez. Nach einer Meldung des „Volkstags“ aus Stuttgart kam es in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Goblens bei Stuttgart zu Präzedenzfällen zwischen Angehörigen des Reichsdanners und Kommunisten. Ein Versammlungssteilnehmer wurde von einem Kommunisten in den Rücken geschossen und anderer auf dem Heimwege überfallen und niedergeschlagen. Anmarschierende Reichsdannerleute wurden von bewaffneten Kommunisten angefallen. Die Polizei mußte einschreiten und nahm Verhaftungen vor.

Berlin, 1. Dezember. In Treptow an der Tollense kam es am Schluß einer demokratischen Wählerversammlung zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Reichsdannern, in deren Verlauf einem Märchlein Arbeiter beide Augen ausgeschossen wurden.

Die Vaterländischen Verbände an den Potsdamer Oberbürgermeister.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 1. Dez. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Potsdams, die den weitesten rechten Teil der Potsdamer Bürgerchaft in den ihnen angeschlossenen Vereinen und Verbänden vertreten, haben folgendes Schreiben an den Oberbürgermeister Dr. Kaufner gerichtet, dem der sozialistische preussische Innenminister glaubte, eine Rüge erteilen zu müssen: „Hochgeborner Herr Oberbürgermeister! Potsdams vaterländisch gesinnte Bürgerchaft hat es mit Dank empfunden, daß Sie anläßlich des Basch-Standards alle im Bereich der Pöschlichkeit liegenden Wege beschritten haben, um die gewollte Herausforderung Potsdams abzuwenden und ihrer für später drohenden Wiederholung vorzubeugen. Der sozialdemokratische preussische Innenminister hat es für gut befunden, Ihnen für Ihre Haltung seine „Widbilligung“ auszusprechen und den eigenartigen durch keine sachlichen Gründe gebotenen Weg beschritten, diese Widbilligung durch den amtlichen preussischen Pressedienst veröffentlicht zu lassen. Die amtliche Widbilligung von sozialdemokratischer Seite kann Sie nur ehren. Wir nehmen dies gern zum Anlaß, um Ihnen unseren Dank und unter Vertrauen erneut zum Ausdruck zu bringen.“

Die Zusammenkunft Serriot—Chamberlain.

Die Kernfragen der Konferenz

Genfer Protokoll und Kölner Zone. Paris, 1. Dez. Der „Temps“ berichtet in seinem heutigen Heftartikel über die für Freitag angelegte Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Serriot und dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Chamberlain. Das Blatt gibt zwar zu, daß im Verlaufe der werten Stunden, die für die Zusammenkunft vorgesehen sind, nicht alle Fragen, die angeblich auf internationalen Gebiet akut sind und die eine französisch-britische Zusammenarbeit erfordern, ein- und eben besprochen werden können. Die wichtigste Frage sei das Problem der Sicherheit, soweit es das Protokoll von Genf betrifft habe. England habe sich gewogen, die Verpflichtung anzunehmen, die britische Flotte zur Verfügung einer internationalen Autorität zu stellen, um an einer Aktion teilzunehmen, bei der das englische Interesse nicht berührt sei. Es sei auch absolut sicher, daß die Londoner Regierung in dieser Frage, durch mehrere Kommissare unterstützt, sich weigern werde, das Genfer Protokoll in seiner jetzigen Abfassung zu unterzeichnen. Es aber eine Organisation zur den europäischen Frieden unentbehrlich sei, wenn England nicht daran teilnehmen, verheißt es sich von selbst, daß man sich bemühen werde, den Engländern soweit wie möglich entgegenzukommen, damit das Protokoll über die Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und die Beschränkung der Rüstungen als ernstes und wirksames Werk bestehen bleiben könne.

Wenn die Abänderungen, die England für unerlässlich halte das Genfer Protokoll in seiner Wirksamkeit untrübe machen, dann würde nach dem „Temps“ die Notwendigkeit, das Sicherheitsproblem praktisch zu lösen, trotzdem nicht weniger für Großbritannien als für Frankreich vorliegen. Schon seit einiger Zeit bemerke man, daß in der englischen Presse auf neue der Gedanke eines britisch-französisch-belgischen Alliansvertrages zur Gewährleistung der Sicherheit lebhaft erörtert werde. Es sei kein Zweifel, daß hier die wirkungsvollste Sicherheit gefunden werden könne.

um so mehr, als ein englisch-französisch-belgischer Defensivvertrag in den Rahmen eines Sonderabkommens eingeleitet werden könne, wie sie das Genfer Protokoll zur Sicherheit vorzöge.

Aber auch noch andere Fragen würden bei dem britisch-französischen Meinungsaustausch gestellt, u. a. die Frage der Freilassung der Kölner Zone, die man jetzt in London geneigt sei, unter einem anderen Gesichtspunkte zu betrachten, als vor einigen Monaten und die Möglichkeit der Prüffeln für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Länder sein werde. Ginzig und allein die Schlussfolgerungen des Berichtes der Generalinspektion in Deutschland vornehme, könnte Erklärung darüber geben, in welchem Maße Deutschland seine Bereitschaft zur Entlassung erfüllt habe, wozu in erster Linie die Frage der Räumung der Kölner Zone abhänge, wtb.

Fortdauernde Gärung in Ägypten.

Kairo, 1. Dez. Die Polizei hat besondere Vorsichtsmassnahmen zum Schutze des Premierministers getroffen. 20 Polizeibeamte haben den Austra erhalten, die von dem Premierminister benutzten Straßen an bewachen. Die Nachtposten des britischen Heeres haben in der letzten Nacht zweimal Feuer, als sie verdächtige Geräusche hörten. Es wurden Anklagen festgestellt. Die berichtete Annahme der übrigen bisher abgelehnten britischen Forderungen durch die ägyptische Regierung umfaßt die Anerkennung des britischen Einmarsches der fremden Interessen und die Beibehaltung der türkischen Kataster Großbritanniens, sowie die Beibehaltung des Vorkens eines britischen Direktors der Abteilung für öffentliche Sicherheit. (W. T. B.)

London, 1. Dez. Reuters meldet aus Kairo, daß die Gerichtsbehörden die Verhaftung von verdächtigen Abgeordneten am 28. November geprüft haben und zu der Entscheidung gekommen sind, daß der Standpunkt der Regierung dem Gesetze entspricht. Es wurde angeordnet, die Verhafteten weiter in Gewachsam zu halten. (W. T. B.)

II
DI
M
DE
FR
BU
AL
II
AL
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100